

# Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

## Landtagswahlen: Erdrutschsieg für Mayawati in Uttar Pradesh

Mit einer Sensation endeten die Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Unionsstaat Uttar Pradesh: Die traditionell als Dalit-Partei geltende BSP von Mayawati, die bereits mehrmals Ministerpräsidentin war, errang mit einem Stimmenanteil von gut 30 Prozent 206 von 402 Sitzen, also eine absolute Mehrheit im Landtag. Es ist das erste Mal seit 16 Jahren, dass Uttar Pradesh von einer stabilen Koalition regiert wird. Alle Prognosen der Meinungsforscher hatten ein Parlament ohne klare Mehrheitsverhältnisse vorausgesagt. Eindeutiger Verlierer der Wahl ist der bisherige Ministerpräsident Mulayam Singh Yadav von der *Samajwadi Party* (SP, nur noch 97 Mandate/26 Prozent). Endemische Korruption und spektakuläre Fälle von Kriminalität, wie der Massenmord an Kindern in Noida (Südasiens 1/2007, S.12) ließen Mulayam Singh auch in seinen Hochburgen verlieren. Der 51-jährigen Mayawati gelang es zudem, durch geschickte Kandidaten-Aufstellung auch viele Muslime, bislang Stammwähler Mulayams, sowie Brahmanen, traditionell eher Anhänger der BJP, für sich zu gewinnen. Die hindu-nationalistische BJP schaffte es im Gegensatz zu den letzten Wahlen im Punjab und in Uttarakhand nicht, ihren Aufwärtstrend fortzusetzen. Eine offen anti-muslimische CD, die im Wahlkampf verteilt wurde, nützte ihr nichts. Sie verlor im Gegenteil fast die Hälfte ihrer Mandate (noch 51/17 Prozent). Ex-Ministerpräsident Kalyan Singh trat nach dieser Demütigung als Landespartei- und Kongresspartei- und ihre Verbündeten kamen sogar nur auf enttäuschende 22 Sitze (8 Prozent). Bemerkenswert war, dass es zu keinen nennenswerten Gewalttaten bei den Wahlen kam. Im Punjab regiert nach den Landtagswahlen im Februar eine Koalition von Akali Dal und BJP unter Parkash Singh Badal. In Uttarakhand führt Bhuwan Chandra Khanduri eine BJP-Regierung. Beide Staaten waren zuvor von der Kongresspartei regiert worden. Die Partei von Premierminister Singh konnte in diesem Jahr lediglich die Wahl im kleinen Manipur (Nordost-Indien) für sich entscheiden.

## Justiz ermittelt in „Fake encounter“-Fällen

Der mutmaßliche Mord an einem muslimischen Ehepaar durch die Polizei in Gujarat hat die indische Öffentlichkeit schockiert. Drei hochrangige Polizei-offiziere wurden im April angeklagt, Sohrabuddin Sheikh vor zwei Jahren getötet und die Tat verschleiert zu haben, indem sie ihn

als „Terroristen“ deklarierten, der einen Anschlag auf den Ministerpräsidenten Narendra Modi geplant habe. Sheikh, so die offizielle Version der Sicherheitskräfte, sei bei einem Feuergefecht mit der Polizei getötet worden. Mittlerweile haben die Landes-Behörden gestanden, dass dieses Gefecht nur fingiert worden ist. Auch Sheikhs Frau wurde offenbar von der Polizei getötet und ihre Leiche verbrannt, um sie als Zeugin auszuschalten. Die BJP-Regierung in Gujarat wird von Menschenrechtsgruppen als anti-muslimisch kritisiert; viele geben ihr zumindest eine Mitschuld an anti-muslimischen Pogromen mit Tausenden von Toten vor fünf Jahren. Mittlerweile hat sich das Oberste Gericht Indiens eingeschaltet und der Landesregierung eine Frist von zwei Monaten gesetzt, um den Fall aufzuklären. Human Rights Watch und andere Menschenrechts-Organisationen haben immer wieder kritisiert, dass „Fake encounters“ in Indien gang und gäbe sind. Vor allem bei der Aufstands-Bekämpfung wie in Kaschmir und im Nordosten sowie in den Regionen wie Chattisgarh, wo maoistische Naxaliten aktiv sind, komme es regelmäßig zu außergerichtlichen Hinrichtungen. Die Truppen stehen dort unter Druck, getötete Rebellen zu präsentieren, um ihre Effizienz zu demonstrieren; Belohnungen und Beförderungen sind häufig die Folge. Aber auch die Polizei in Mumbai hat offenbar ihre Beamten ermutigt, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, um der organisierten Kriminalität Herr zu werden. Aus dem Bürgerkrieg im Punjab in den achtziger Jahren gelten immer noch 3 000 Menschen als vermisst, viele davon sollen von den Sicherheitsdiensten beseitigt worden sein. Das Klima der Straflosigkeit, so kritisieren Beobachter, habe bislang bedeutet, dass sich die Polizei, Paramilitärs und Soldaten in Sicherheit wiegen konnten. Möglicherweise ändert sich das derzeit mit dem entschlosseneren Einschreiten der Justiz. Indische Medien wie die Zeitung Hindustan Times haben sich ebenfalls des Themas angenommen. Zugunsten der Polizei wird in der Debatte in der Regel darauf hingewiesen, dass gerade die indischen Gerichte mit ihrer Ineffizienz die Strafverfolgung behinderten und Kriminelle zu schnell wieder auf freien Fuß setzten.

## Anschlag auf *Samjhauta Express*

In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar wurde ein schwerer Terror-Anschlag in der Nähe von Panipat, 90 km von Delhi entfernt, auf den von Delhi nach Lahore verkehrenden *Samjhauta* (d.h. Verständigung) *Express* verübt. 68 Menschen starben, die meisten davon Paki-

staner auf der Heimreise aus Indien, als zwei Waggonen in Flammen aufgingen. Indien und Pakistan verurteilten den Anschlag. Die in Indien sonst nach ähnlichen Attacken üblichen Verdächtigungen gegen Pakistan blieben aus; allerdings kritisierte Pakistan, dass man von Indien nicht über die Ermittlungen auf dem Laufenden gehalten werde. Die Schuldigen wurden bisher nicht ermittelt.

### Parlamentarier als Menschenschmuggler

Mehrere indische Parlamentarier sind offenbar in Menschenschmuggel-Netzwerke verwickelt. Der spektakulärste Fall betraf den BJP-Abgeordneten Babubhai Katarra, der auf dem Flughafen von Delhi in flagranti verhaftet wurde, als er eine andere Frau mit dem Pass seiner Ehegattin ins Ausland schleusen wollte. Parlamentspräsident Somnath Chatterjee hat diese Fälle verurteilt und einen Untersuchungsausschuss einberufen.

### Weiter Gewalt in Nandigram

In Nandigram (Distrikt Purbo Medinipur, Westbengalen) gehen die bewaffneten Konflikte zwischen Anhängern der regierenden Kommunisten und ihren Gegnern der verschiedensten politischen Schattierungen weiter (siehe SÜDASIEN 1/2007, S.12). Ende April wurden mindestens vier Menschen getötet, nachdem am 14. März bei einem umstrittenen Polizeieinsatz mindestens 14 Menschen starben – nach anderen Angaben ca. 50. Die Regierung unter Buddhadeb Bhattacharjee hat inzwischen ihre Pläne für eine Sonderwirtschaftszone in Nandigram fallen gelassen und angekündigt, dem indonesischen Investor nach Möglichkeit woanders in Westbengalen eine Alternative anzubieten.

### Naxaliten-Gewalt

Maoistische Naxaliten haben mit einigen spektakulären Angriffen ihre Präsenz in weiten Teilen des Landes deutlich gemacht. Mitte März überfielen Hunderte ihrer Kämpfer in Chattisgarh ein Lager der Polizei und einer anti-naxalitischen Miliz. 49 Menschen kamen dabei ums Leben. In Jharkhand wurde zuvor der Parlamentsabgeordnete für die regionale Partei JMM Sunil Mahto Opfer eines Anschlags, der ebenfalls Naxaliten zugeschrieben wurde.

### Obszönität vs. Freiheit: Umstrittene Kunst und Forschung

Symbolische Konflikte um kulturelle Werte und Toleranz haben in den vergangenen Monaten wiederholt für Schlagzeilen in Indien gesorgt. Im April sorgte ein

Richter in Rajasthan für internationales Amüsement, als er einen Haftbefehl wegen obszönen Verhaltens gegen den Hollywood-Star Richard Gere erließ, der die Schauspielerin Shilpa Shetty auf einer Anti-AIDS-Gala theatralisch geküsst hatte (siehe dazu den Beitrag von Karl-Heinz Golzio in diesem Heft). In Vadodara (Baroda) in Gujarat stürmten Anhänger des hindu-nationalistischen Welthindurates VHP am 9. Mai eine nichtöffentliche Präsentation von Werkarbeiten an der international angesehenen Fakultät für bildende Kunst der Universität Baroda im Rahmen studentischer Prüfungen und attackierten insbesondere den Studenten Chandra Mohan für seine „vulgäre“ Darstellung hinduistischer Gottheiten und Symbole. Christliche Gruppen schlossen sich später den Protesten an, aus Ärger über Chandramohans Darstellungen von Jesus Christus. Die Polizei verhaftete Chandramohan und nicht die Angreifer. Das Oberste Gericht Indiens hat wiederum in einigen viel beachteten Urteilen für die Freiheit von Kunst und Forschung Stellung bezogen. Anfang Mai hob es den Haftbefehl gegen einen der bekanntesten indischen Künstler, M F Husain, auf, der in London und Dubai im Exil lebt. Der muslimische Maler wird von Hindu-Nationalisten kritisiert, weil er Hindu-Göttinnen und die „Mutter Indien“ nackt porträtiert hat. Husain plant nach dem Urteil offenbar, bald nach Indien zurückzukehren. Im April wies das Oberste Gericht die Regierung des Unionsstaates Maharashtra an, die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den amerikanischen Wissenschaftler James Laine einzustellen, dessen 2003 erschienenes Buch über den Marathen-Herrscher Shivaji von dessen Anhängern als beleidigend empfunden worden war. Anfang 2004 hatte ein Mob die Bibliothek des renommierten Bhandarkar-Instituts in Pune verwüstet, nur weil Mitarbeiter des Instituts Laine bei seinen Forschungen unterstützt hatten. Auch den Haftbefehl gegen Gere, der sich bereits vorher öffentlich entschuldigt hatte, hob das Oberste Gericht auf.

### 150 Jahre Aufstand von 1857

Indien hat im Mai mit einer Gala des Aufstandes gegen die britische Kolonialherrschaft von 1857 gedacht, der in der britischen Kolonialgeschichte als *Mutiny* (Meuterei), in Indien dagegen als „erster Unabhängigkeitskrieg“ bezeichnet wird. Im Vordergrund vieler Reden stand die Einheit von Hindus und Muslimen während des Aufstandes. 10 000 junge Leute folgten einer Route der Aufständischen von Meerut nach Delhi in einem von der Regierung organisierten Marsch, revoltierten aber ebenfalls auf halber Strecke, weil das Essen zu schlecht sei. In Pakistan gab es kein offizielles Gedenken an den Aufstand, der den letzten Moghul-Herrscher, Bahadur Shah Zafar, als Galionsfigur hatte.